

ministers, Heinrich von Brentano, eine besondere Schatulle für „geheime Aufgaben“, die vor einer Überprüfung durch den Deutschen Bundestag geschützt ist. In sie sollen nach dem Willen der Regierung 1956 drei Millionen Mark fließen. Die Frachtausgaben des Auswärtigen Amtes sind mit einer Million Mark veranschlagt und die Fernmeldegebühren mit 881 000 Mark. Schließlich braucht Heinrich von Brentano noch einen neuen „Zerreißwolf“ für Geheimakten, 31 Panzerschränke à 1000 Mark, 21 Einsatz-Tresors und 15 Stahlschränke. Sein Bedienstetenstab soll auf 4485 Diplomaten und Helfershelfer anwachsen, sein Gesamtetat sich in die stolze Höhe von 185,8 Millionen Mark schrauben.

Einer der wenigen Posten in dem „Spiegelbild der Regierungspolitik“, der kleiner geworden ist, betrifft die „Vorarbeiten der Sozialreform“. Statt bisher 1,95 Millionen Mark sind 1956 nur noch 1,75 Millionen dafür veranschlagt.

STEUERZAHLER

Die Demokratur

Am Abend desselben Tages, da das Bundeskabinett den von Finanzminister Fritz Schäfer vorgelegten Rekordhaushalt für das Jahr 1956 verabschiedete (siehe „Bundeshaushalt“), hatte der „Bund der Steuerzahler“, Landesverband Nordrhein-Westfalen, im Bonner Bürgerverein zu einer Protestkundgebung geladen.

Steuerzahler-Präsident Professor Karl Bräuer wettete gegen die „Milliarden-Überschüsse“ in den öffentlichen Kassen. Die Diskussion, die sich anschloß, war einseitig. Statt zu diskutieren, übertraf man sich in heftigen, mit der ganzen moralischen Entrüstung des mehr oder weniger ehrlichen Steuerzahlers vorgetragenen Attacken gegen den Staat und seine Finanzbehörden. Und als gar einer der Diskussionsredner die gängige Floskel benutzte, man lebe nicht mehr in einer Demokratie, sondern in einer „Demokratur“, horchte der von der Bonner Kriminalpolizei abgestellte Beamte auf.

Nach Schluß der Versammlung trat er an den Versammlungsleiter Schmidt heran und bat ihn um die Anschriften der Diskussionsredner, weil „staatsfeindliche Äußerungen“ gefallen seien.

Steuerzahler-Führer Schmidt teilte nicht dem Kriminalbeamten die Adressen, sondern der sich auflösenden 700-Mann-Versammlung das Ansinnen des Beamten mit. Ein wütender Tumult erhob sich, der sich erst legte, als der Kriminalbeamte an das Mikrofon trat und sein Verhalten mit der Erklärung rechtfertigte, er habe sich nur pflicht- und auftragsgemäß eingemischt, weil er nicht wisse, ob das Wort „Demokratur“ als „staatsfeindlich“ zu betrachten sei.

Die Bonner Kriminalpolizei deckt ihren Beamten. Er habe, wie andere Beamte bei ähnlichen Veranstaltungen, in der Tat den Auftrag gehabt, auf „staatsfeindliche“ Äußerungen zu achten. Die Bezeichnung „Demokratur“ indessen betrachtet die Kriminalpolizei der Bundeshauptstadt nach längeren Beratungen nicht als „staatsgefährdend“.

Der Leiter des 14. Kommissariats der Kriminalpolizei Bonn, Oberkommissar Schneider, dessen Abteilung dem Landesamt für Verfassungsschutz unterstellt ist, wurde vom Bonner Polizeipräsidenten Tegetoff angewiesen, bei der Auswahl von Beamten, die zur Überwachung politischer Versammlungen eingesetzt werden, künftig mehr Fingerspitzengefühl zu entwickeln.



Steuerzahler-Präsident Bräuer
Ein Polizist verlangte Adressen

SOWJETZONE

WEIHNACHTSFEIERN

Nach neuen Richtlinien des Volksbildungsministeriums der Sowjetzone wird den Lehrkräften jetzt in mündlichen Anweisungen nahegelegt, „die alten Weihnachtslieder“ im Unterricht möglichst nur in den ersten vier Schulklassen singen zu lassen. In den älteren Klassen solle das Lied- und Gedankengut der „Friedensweihnacht“ bevorzugt werden. Weiter sollen Schulweihnachtsfeiern ausschließlich von der „Freien Deutschen Jugend“ und ihren „Jungen Pionieren“ organisiert werden. Als offizieller Schulfesttag wurde der 21. Dezember (Stalins Geburtstag) bestimmt. Während das Anbringen christlicher Advents-Transparenze und die Veranstaltung von „Christfest-Stunden“ als unerwünscht bezeichnet werden, sollen die Schulweihnachtsfeiern nach sowjetischem Muster als Kindermaskenfeste mit „Väterchen Frost“ an Stelle des Weihnachtsmannes gestaltet werden.

ZITAT

„Wenn monatlich 20 000 bis 50 000 alte Leute in die Bundesrepublik umziehen, weinen wir ihnen keine Träne nach. Im Gegenteil, wir sind ihnen noch behilflich. Aber den Verlust von 5000 und mehr Fachkräften je Monat durch Flucht oder vergessene Rückkehr von einer Urlaubsreise nach Westdeutschland können wir nicht ohne rigorose Gegenmaßnahmen hinnehmen.“ (Karl Schirdewan, Mitglied des SED-Zentralkomitees, in einer „Arbeiter-Konferenz“ im Bezirk Potsdam.)

INDUSTRIE

ARBEITSMORAL

„Die Mittel, mit denen Belegschaftsmitglieder ihren Willen durchdrücken, werden immer rigoroser. Bei den letzten großen Fernsehübertragungen von Länderspielen mußten beachtliche Produktionsausfälle in Kauf genommen werden, da selbst die Führungskräfte der Arbeit fernblieben.“ So kritisiert die Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg in einem Testbericht ihres Bezirks die westdeutsche Arbeitsmoral. Mehrere Firmen haben angesichts dieser Sportbegeisterung schon so weit resigniert, daß sie während der Übertragungszeiten alle Arbeiter und Angestellten nach Hause schicken. Auch das Ausknobeln von Gemeinschaftswetten im Fußballtoto während der Arbeitszeit beeinträchtigt nach den Feststellungen der Kammer die Produktion. Die Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg appellierte an die Gewerkschaften und Betriebsräte, für die „Einhaltung der Arbeitsverträge“ zu sorgen.

RUHR-BERGBAU

Weg mit den Unfällen

Im Verbandsraum der Dortmunder Schachtanlage „Minister Stein“ müssen sich jetzt jeden Morgen pünktlich um neun Uhr jeweils vier Lokomotiv-Führer des Untertage-Betriebs zu einer Untersuchung einfinden, die ihnen wenig Freude bereitet.

Nachdem die Sicherheitsbeauftragten des Ruhrbergbaus festgestellt haben, daß 91 Prozent aller Unfälle unter Tage beim Transport der Kohle und bei der Personenbeförderung passieren, läßt die Dortmunder Bergbau AG jetzt nacheinander die 700 Grubenlokomotiv-Führer ihrer fünf Schachtanlagen psychologisch untersuchen. Vier Stunden lang drehen Psychologen und Werkärzte die Testkandidaten durch ihre Walkmühle, um herauszufinden, welchen Lokführern schon die Nerven flattern.

Diese psychologische Reihenuntersuchung ist der radikalste Versuch, die bedenklich hohe Zahl der Unfälle im Ruhrbergbau endlich zu vermindern. Die Zechenleitungen sind schon deshalb dazu gezwungen, die Unfallgefahr möglichst weitgehend zu beseitigen, weil sich nach den schweren Grubenkatastrophen auf den Gelsenkirchener Zechen „Nordstern“ (14 Tote) und „Dahlbusch“ (42 Tote) hartnäckig die Meinung hält: „Der Kumpel an der Ruhr schwebt ständig in einer ähnlichen Gefahr wie ein Nitroglyzerin-Fahrer.“

Der Ruhrbergbau ist durch seine hohe Unfallquote etwas in Verruf geraten: während der letzten zwölf Monate eignete sich durchschnittlich alle vier Minuten ein Grubenunfall. Der Förderverlust, den die 106 433 Bergwerks-Unfälle im vergangenen Jahr hervorriefen, betrug 3,7 Millionen Tonnen Kohle. Noch nachteiliger als dieser volkswirtschaftliche Schaden waren die psychologischen Folgen: Während der ersten acht Monate dieses Jahres und besonders nach den Grubenkatastrophen dieses Sommers haben 40 000 Neubergleute fluchtartig die Zechen verlassen.

Obwohl die Arbeitsämter und Flüchtlings-Leitstellen unablässig Ströme von Neubergleuten in die Ruhrzechen pumpen*, gleicht der Zustrom die Abwanderung

* Während der ersten acht Monate dieses Jahres wurden 35 700 neue Bergleute angeworben.